

C Sachanträge zu anderen Themen

C.1 Den Nazis im Februar 2011 entgegenreten!

EinreicherInnen: Juliane Nagel, Kerstin Köditz, Marion Junge, Jens Thöricht, Volkmar Wölk

Beschlussvorschlag:

DIE LINKE. Sachsen steht für eine konsequente antifaschistische Politik. Ihre Ziele sind die Zurückdrängung des Einflusses der extremen Rechten in der Gesellschaft und die Ausprägung und Stärkung eines antifaschistischen Grundkonsenses in Sachsen. Sie unterstützt landesweit antifaschistische Aktivitäten, setzt sich vor Ort für Freiräume für antifaschistische (Jugend-)Arbeit ein und wirkt an lokalen, regionalen und landesweiten antifaschistischen Bündnissen mit.

In diesem Sinne beteiligt sich DIE LINKE. Sachsen organisatorisch, personell und finanziell an den Protesten und Aktionen gegen die Naziaktivitäten am 13. und 19. Februar 2011, insbesondere an der Vorbereitung und Durchführung der bundesweiten Demonstrationen, Kundgebungen und friedlichen Blockaden gegen den Aufmarsch der deutschen und europäischen Rechten.

DIE LINKE. unterstützt gemeinsam mit Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Initiativen alternative Gedenkveranstaltungen zum 13. Februar, die ohne die Beteiligung der Neonazis stattfinden und die sich gegen den Missbrauch des 13. Februars durch Geschichtsrevisionisten richten.

DIE LINKE. Sachsen bringt sich durch eigene Öffentlichkeitsarbeit und landesweite Veranstaltungen, durch die Teilnahme an den Mobilisierungsaktivitäten sowie durch die Organisation von Bussen und Bahn-Fahrgemeinschaften nach Dresden in die Vorbereitung ein.

Der Parteitag bittet den Stadtverband Dresden und die weiteren Kreisverbände der LINKEN. Sachsen, die Gegenaktivitäten zu unterstützen und Maßnahmen zur Information und Mobilisierung der Parteimitglieder und SympathisantInnen durchzuführen und dabei ein Augenmerk insbesondere auf Formen des zivilen Ungehorsams, wie sie mittels gewaltfreien Blockaden in Dresden und anderen Städten zur erfolgreichen Be- und Verhinderung von Naziaufmärschen praktiziert wurden, zu legen.

Der Parteitag bittet die Linksjugend solid Sachsen und die SDS-Gruppen, sich an lokalen Mobilisierungsbündnissen zu beteiligen bzw. ggf. solche ins Leben zu rufen, sowie die eigenen Medien zur umfassenden Information und Mobilisierung zu nutzen.

DIE LINKE. Sachsen bittet die Rosa-Luxemburg-Stiftung Angebote zur Auseinandersetzung mit Geschichtsrevisionismus in ihre Jahresplanung aufzunehmen.

Die Abgeordneten der Landtagsfraktion sowie der sächsischen Landesgruppe der Bundestagsfraktion werden zur Teilnahme an den Aktionen aufgefordert und gebeten, durch Nachfragen, Vermittlung und andere Formen des Agierens Demonstrant/innen und Kundgebungsteilnehmer/innen vor unverhältnismäßigen polizeilichen Handlungen zu schützen.

Begründung:

Im Februar findet jährlich in Zusammenhang mit dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg eine bundes- und europaweite Mobilisierung von Alt- und Neonazis statt. Jährlicher Höhepunkt der Nazi-Veranstaltungen ist die geplante Demonstration durch die Dresdner Innenstadt, wobei ihre Strecke oft unmittelbar an

der Synagoge vorbei führte. Inzwischen hat sich der Naziaufmarsch zur größten Veranstaltung dieser Art in Europa entwickelt. Führende Neonazi-Kader beteiligen sich regelmäßig an der Gedenkveranstaltung auf dem Heidefriedhof und nutzen sie für ihre geschichtsrevisionistische Gleichsetzung von Kriegshandlungen mit dem Holocaust.

2010 ist es erstmals gelungen, dass die Nazis nicht marschieren konnten. Es muss uns auch 2011 mit Blockaden und anderen Mittel des zivilen Ungehorsams gelingen, an den Erfolg vom Vorjahr anzuknüpfen.

Dies stellt alle antifaschistischen Kräfte vor die Aufgabe, wie im Jahr 2010 massiv die eigenen Proteste gegen den Geschichtsrevisionismus zu gestalten.

Mehrere Bündnisse (unter Beteiligung der Gewerkschaften und mehrerer Landtagsparteien) mobilisieren bereits bundesweit für den Februar 2011 nach Dresden.

Ziel ist es, den Naziaufmarsch mit einer zivilgesellschaftlichen Blockade und weiteren Aktionen öffentlichkeitswirksam zu stoppen und Dresden, insbesondere die Dresdner Synagoge, vor dem Nazi-Mob abzuschirmen.

Dresden darf nicht länger Aufmarschgebiet für Neonazis sein!

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____